

Universitätszeitung

Sächsische Landesbibliothek

21. JUNI 1966

Aktuelle U.Z.-Umfrage

Erhard beschimpft Intellektuelle

München (NDI). Als erbärmliche Kreaturen, die mit der Mistgabel ihre Erzeugnisse an den Mann zu bringen Angehörigen der westdeutschen Intellektuellen, die gegen die Bonner Politik der Atomkriegsverhinderungen, die Revanche und der Notstandsdekretierungen, laut „Süddeutscher Zeitung“ sprach das am Dienstag in Tübingen bei der Eröffnung eines Museums.

Mit sonnenblühendem Gesicht habe Erhard dabei jede oppositionelle Tätigkeit intellektueller Kritiker des westdeutschen Regierungskurses als „ein politisches Geschehen“ bezeichnet. „Jene Armeen am Geier“, wies er seine Ausfälle fort, die ihn stießen suchen, daß sie in jeder Gestaltung ohne Gestaltung nicht mehr um irgendeinen ästhetischen Standpunkt wissen, müssen zutreiben.

Zu einem Kanzlerwort wider die Vernunft und die Friedensliebe der Intellektuellen in der Bundesrepublik:

Prof. Dr.-Ing. habil. Günter Opitz, I. Institut f. Angew. Mathematik:

In der erweiterten Senatssitzung am 4. Juni haben der Senat der TU Dresden und mehr als 100 TU-Professoren den westdeutschen und Westberliner Professoren und die gegen die Notstandsgesetze protestiert haben, ihre Zustimmung und Solidarität zugesichert und ihre Empörung über die entwürdigenden Beschimpfungen geäußert, denen die Kollegen deswegen seitdem ausgesetzt sind. Einen „Höhepunkt“ in dieser Diffamierungskampagne stellen wohl die im „ND“ vom 2. Juni wiedergegebenen Äußerungen Bundeskanzler Prof. Erhards dar. Einige der 362 Unterzeichner des Appells an die Gewerkschaften kenne ich persönlich als angesehene Fachkol-

le. Dadurch, daß sich die Initiatoren des Appells an die Gewerkschaften wandten, wird der Appell gleichzeitig zu einem öffentlichen Mißtrauensvotum gegen die Führungsgremien aller im Bundestag vertretenen Parteien. Es wäre ja zunächst naheliegend gewesen, die Parteien unmittelbar anzusprechen, aber, wie bereits Nobelpreisträger Prof. Max Born in seinem Schreiben an Otto Brenner feststellte, gibt es in der Bundesrepublik nur wenige Männer von Einfluß, die sich bisher gegen die (Notstands-) Gesetze gewehrt haben. Deshalb ist es nur logisch, wenn die Wissenschaftler versuchen, sich durch einen Appell an größere Bevölkerungskreise Gehör zu verschaffen.

Prof. Dr. Weidauer, HA Sozialistische Wirtschaftsführung:

Die humanistischen und demokratischen Anliegen bekannter westdeutscher Wissenschaftler und Persönlichkeiten, die sich gegen die westdeutsche Atomwaffenpolitik, gegen die verhängnisvolle Bonner Regierungspolitik wandten, waren – nun schon zum wiederholten Male – Gegenstand beleidigender öffentlicher Ausfälle des westdeutschen Kanzlers Erhard. Hochbetagte und international geachtete Wissenschaftler, wie der 83jährige Physiker und Nobelpreisträger Max Born, werden von ihm als „erbärmliche Kreaturen“ beschimpft, die „mit der Mistgabel ihre Erzeugnisse an den Mann zu bringen suchen“.

Das verwendete Vokabular und diese immer offener werdenden faschistischen Praktiken in Westdeutschland zeigen aber nicht nur, mit welchen, den primitivsten Regeln des Anstandes höhnischen Mitteln und Methoden gegen humanistisch denkende, fortschrittliche Menschen vorgegangen wird, sondern sie lassen auch die ganze Menschenfeindlichkeit und Gefährlichkeit der Bonner Regierungspolitik deutlich werden. Ich wende mich deshalb in aller Öffentlichkeit nicht nur gegen diese beleidigenden Äußerungen des Bundeskanzlers Erhard, sondern in gleicher Weise und besonders gegen die das Leben der Menschen und die Existenz des deutschen Volkes bedrohende, Politik der westdeutschen Regierung.



legen und politisch aufgeschlossene Menschen, und ich weiß genau, daß sie ihre Unterschrift nicht leichtfertig gegeben haben. Die Wissenschaftler haben aus der Vergangenheit gelernt und erheben deshalb ihre Stimme, solange es noch möglich ist. Der öffentliche Druck, dem sie bereits jetzt wegen ihrer Meinungsäußerung ausgesetzt sind, müßte eigentlich allen, die immer noch an die „Harmlosigkeit“ der Notstandsgesetze glauben, die Augen öffnen und ihnen deutlich machen, mit welcher Art von „Demokratie“ sie zu rechnen hätten, wenn die Notstandsgesetze angenommen würden.

Weitere Proteste auf den Seiten 4/5

TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN · ORGAN DER PARTEILEITUNG DER SED

Nr. 11/66 33 602 11. Juni 1966 Preis 15 Pf

Humanistische Ziele!

Akademischer Senat der TU beriet mit mehr als 100 Hochschullehrern die weitere Verwirklichung der Forderungen des 3. TU-Konzils

Im folgenden geben wir die wichtigsten Gedanken wieder, die Magnifizenz Prof. Dr.-Ing. habil. L. Herforth in ihrem Schlußwort auf der 5. Sitzung des akademischen Senats der Technischen Universität ausgesprochen hat.

Der Lehrkörper der TU Dresden befindet sich in Übereinstimmung mit der durch das ZK der SED ausgearbeiteten, den nationalen Interessen dienenden Politik. Die nationale Politik der DDR besteht darin, zu verhindern, daß jemals von deutschem Boden ein Krieg ausgeht! Das ist ein wahrhaft humanistisches Ziel, für das die SED im engen Bündnis mit allen Werktätigen, allen Arbeitern, Angestellten und allen Wissenschaftlern kämpft.

Die Diskussion hat gezeigt, daß der Senat den auf Initiative der SED begonnenen Dialog zwischen SED und SPD über grundsätzliche Fragen der Entwicklung Deutschlands begrüßt und ich glaube im Namen aller hier Anwesenden zu sprechen, wenn ich sage, wir halten es für unsere Pflicht, unmißverständlich zum Ausdruck zu bringen, daß wir nicht zulassen werden, daß der Dialog dazu benutzt wird, die DDR zu unterminieren und von innen heraus aufzuweichen.

Wesentlich für die Erhaltung des Friedens in Europa ist die Sicherung unserer Staatsgrenzen! Solange die führenden Kreise Bonns ihre Revanchepolitik betreiben, werden wir alles tun, um unsere Grenzen sicher zu schützen. Der Alleinvertragsanspruch der Bundesrepublik ist ein typisches Merkmal aggressiver imperialistischer Politik. Solange keine Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten erfolgt, kann es keinen ungehinderten Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten geben!

Das sind für uns klare politische Entscheidungen, für die wir jederzeit als Bürger der DDR eintreten. Jedoch als Hochschullehrer, die wir für die Ausbildung und Erziehung von insgesamt 11 000 Direktstudenten und 6 000 Fernstudenten an unserer TU verantwortlich sind, haben wir auch die Verpflichtung übernommen, die uns anvertrauten jungen Menschen im Sinne unserer Partei der Arbeiterklasse zu erziehen und hierzu gehört, daß wir uns nicht nur mit der durch das ZK der SED ausgearbeiteten nationalen Politik in Übereinstimmung befinden, das ist zu wenig. Wir sind verpflichtet, daß wir alles tun, um jeden unserer Studenten in die Lage zu versetzen unsere nationale, dem Frieden dienende Politik voll und ganz zu verstehen.

Diese Verpflichtung können wir nur erfüllen, wenn wir gemeinsam fachliche Ausbildung und politisch-ideologische Erziehungsarbeit als eine Einheit betrachten. Aus den aktuellen Geschehnissen muß der Senat Schlußfolgerungen für die Verbesserung der politisch-ideologischen Erziehungsarbeit an der Universität ziehen. Sie müssen allen an der Erziehungsarbeit Beteiligten helfen, in den kommenden Wochen und Monaten die Erziehungsarbeit zu verbessern.

Der Senat wendet sich gegen alle Erscheinungen, die durch das 3. Konzil gestellten Aufgaben verflachen zu lassen. Wir fordern mit allem Nachdruck, auf der Sicht der neuen Maßstäbe des XXIII. Parteitag der KPdSU und des 12. Plenums des ZK der SED den vom 3. Konzil formulierten

Erziehungsinhalt in verstärktem Maße zu verwirklichen:
Die Studenten sind zu erziehen zur Anerkennung der nationalen Politik unseres Staates,
zu einem festen Klassenstandpunkt,
zur aktiven Mitwirkung beim umfassenden Aufbau des Sozialismus in der DDR,
zum persönlichen Einsatz beim militärischen Schutz unserer Republik,
zur Liebe zur Arbeit und zur Achtung der arbeitenden Menschen,
zur festen Freundschaft mit der Sowjetunion und zum proletarischen Internationalismus,
zu den Normen der sozialistischen Ethik und Moral,
zur Unduldsamkeit gegenüber Erscheinungen der bürgerlichen Ideologie und Dekadenz.

Der Senat weist mit Nachdruck darauf hin, daß ausgehend von den grundlegenden Gesetzen zur Bildungs- und Jugendpolitik und den Festlegungen des 3. Konzils der Lehrkörper, die wissenschaftlichen Mitarbeiter und Assistenten gleichermaßen die Verpflichtung haben, die Dokumente von Partei und Regierung regelmäßig in ihrem Verantwortungsbereich und vor den Studenten auszuwerten.
Die staatlichen Leitungen der Fakultäten, Institute usw. sollten sich mit den gesellschaftlichen Organisationen gemeinsam um Einschätzung der ideologischen Situation in ihrem Bereich ständig bemühen und aktiv Wege zur erzieherischen Einwirkung im progressiven Sinne festlegen.
In den kommenden Wochen und Monaten sollten viele Kollektive dem Beispiel des Senats folgen und nach gründlichen Aussprachen ihre Zustimmung zur nationalen Konzeption der SED und der Regierung des Sozialismus bringen.
In Weiterführung des im Konzil gestellten Aufgaben ist es notwendig, die Situation und die speziellen Möglichkeiten der Tätigkeit der Lehrveranstaltungen sichern. Der Leiter einer Lehrveranstaltung hat in eigener Verantwortung, ausgehend von der

a) eine Verbindung des von ihm darzulegenden Fachstoffes mit politisch-ideologischem Wissen herzustellen, und
b) unabhängig von einer möglichen direkten Verbindung zum eigentlichen Fachstoff sein Bekenntnis zu aktuellen und grundsätzlichen Problemen der Politik unseres Staates vor den Studierenden darzustellen.

Situation und Möglichkeiten der politisch-ideologischen Erziehung der Studierenden in und durch die Lehrveranstaltungen sollten Bestandteil der in nächster Zeit zu erarbeitenden Studienjahresanalysen werden. Dabei hat der Lehrende selbst diese Einschätzung vorzunehmen. Das sind Forderungen des Bildungsgesetzes an den Lehrkörper der Universität.

Große Verantwortung haben die Dekane, Institutsdirektoren und alle Mitarbeiter in den veranschauligten Wochen und Monaten für die politische-ideologische Erziehung der Studierenden im Bereich der Lehrveranstaltungen. Sie sind verpflichtet, Formen zu wählen, die politische Gespräche unter den Studierenden zu führen. Dazu gehören Ausprachen von Angehörigen des Lehrkörpers mit Studentengruppen in Schwerpunktforen, Diskussionsforen, Diskussionsforen und auch die exakte Beachtung der Erfüllung gesellschaftlicher Aufträge.

Neben den Fachwissenschaftlern haben auch alle Gesellschaftswissenschaftler an der Universität eine hohe Verantwortung für die sozialistische Erziehung. Der Senat fordert die Wissenschaftler dieses Bereiches auf, selbstkritisch die Wirksamkeit gesellschaftswissenschaftlicher Lehrveranstaltungen einzuschätzen, auftretende Mängel nicht zu dulden und kühn an der Durchsetzung eines neuen Stils der gesellschaftswissenschaftlichen Lehre, Erziehung und Forschung zu arbeiten.

Gesellschaftswissenschaftliche Lehrveranstaltungen (einschließlich der an den Fakultäten für Ingenieurökonomie und Berufspädagogik) müssen vom revolutionären Geist des Marxismus-Leninismus erfüllt sein, Probleme des sozialistischen Lebens und der Auseinandersetzung mit reaktionären Konzeptionen theoretisch vertiefen und in den aktuellen Problemen eine überlegene Argumentation polemisch enthalten. Von den Studenten ist exaktes Studium der marxistisch-leninistischen Literatur sowie der Beschlüsse der Partei zu fordern.

Es wird immer deutlicher, daß die Erhöhung des politisch-ideologischen Niveaus der Erziehungsarbeit und die Verbesserung der staatlichen Leitungstätigkeit an der Universität verstärkte Bemühungen um die Aneignung der Theorie des Marxismus-Leninismus und tieferes Eindringen in die Politik unseres Staates auf allen Gebieten voraussetzt.

Der Senat unterstützt deshalb die Bemühungen der Parteileitung zur Schaffung neuer Aussprache- und Studienmöglichkeiten zum Studium von Grundproblemen des Marxismus-Leninismus für den Lehrkörper.

Der Senat betont, daß eine kritische und offene Atmosphäre in allen (Leitungs-) Bereichen erfolgreiche politisch-ideologische Diskussionen und Auseinandersetzungen sowie die klassenmäßige Erziehungsarbeit wesentlich fördert.

ERKLÄRUNG

Im Zusammenhang mit den ungeheuerlichen Anschuldigungen und Diffamierungen Bundeskanzlers Erhard gegen die westdeutschen Intellektuellen, die sich gegen Notstandsgesetzgebung und atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik ausgesprochen haben, haben über 100 Hochschullehrer, die an der erweiterten Beratung des akademischen Senats der Technischen Universität Dresden am 4. Juni 1966 teilnahmen, die folgende Erklärung ab:

Mit Empörung nehmen wir Kenntnis von der erneuten Beschimpfung der Wissenschaftler in Westdeutschland durch Bundeskanzler Erhard. Die Geschichte unseres Volkes lehrt, daß die besten deutschen Wissenschaftler immer dann von den politischen Machthabern des Monopolkapitals in entwürdigender Weise beschimpft, und schließlich verfolgt werden, wenn die Gefahr für den Frieden und das Glück der Nation in ihr entscheidendes Stadium trat. Der akademische Senat und die Hochschullehrer der TU Dresden versichern alle westdeutschen Kollegen ihrer tiefen Sympathie und Unterstützung in ihrem Kampf gegen die Notstandsgesetze und die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik.

Wir sind gewiß, daß die westdeutschen Wissenschaftler auch weiterhin den Anfeindungen der volksfeindlichen Bonner Regierung widerstehen werden. Das Bündnis mit den Gewerkschaften ist eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Wiederherstellung und Sicherung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland.

Die Hochschullehrer und Studierenden sowie die Angehörigen der TU werden alles tun, um den ersten deutschen Friedenstaat, unsere Deutsche Demokratische Republik, ökonomisch und politisch zu stärken und die Unantastbarkeit ihrer Grenzen konsequent zu vertreten.

Unsere Unterstützung dient dem Ziel, daß die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik und in Westberlin sich festigen und zur führenden Kraft werden, damit der Weg frei wird für den Aufbau eines einheitlichen, und friedliebenden deutschen Staates im Sinne der nationalen Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands.

(Auswahl: Redaktion „UZ“)